

# «Health in all policies» aber nicht «All policies in health»

**Yvonne Gilli**

Dr. med., Präsidentin der FMH



Klimastreiks, der Erfolg grüner Parteien sowie zuletzt mehrere Abstimmungen über Umweltinitiativen und -gesetze zeigen: Umweltanliegen haben sich vom politischen Randphänomen zu gesellschaftlichen Kernthemen entwickelt. Auch in der Ärzteschaft ist das Interesse an der Umweltpolitik gewachsen. Immer häufiger fordern einzelne Mitglieder und Mitgliedsverbände die FMH auf, zu Umweltthemen Position zu beziehen. Dieses Umweltbewusstsein freut mich sehr – und trotzdem muss ich als Präsidentin für einen klaren Fokus der FMH auf standespolitische ärztliche Themen plädieren. Warum?

Das Argument der Befürworter umweltpolitischer Stellungnahmen der FMH ist nicht von der Hand zu weisen: Selbstverständlich ist es für unsere Gesundheit entscheidend, ob wir sauberes Trinkwasser haben,

## Die Gesundheit spielt in allen Politikbereichen eine Rolle, die FMH sollte sich aber nicht in allen Politikbereichen engagieren.

ob wir Pestiziden ausgesetzt sind und ob sich unsere Lebenswelt durch den Klimawandel massiv verändert. Doch was folgt daraus für die FMH, wenn wir diesen Gedanken zu Ende denken? Müssten wir uns nicht in sämtlichen Vorlagen engagieren, die Umwelttoxine betreffen? Müssten wir dann nicht auch zu wirtschafts-, sozial- und bildungspolitischen Vorhaben Stellung nehmen? Schliesslich hängt unsere Gesundheit auch massgeblich vom gesellschaftlichen Wohlstand, der sozialen Lage und Bildung ab.

Unsere Gesundheit wird durch sehr viele Faktoren beeinflusst. Dies hat die WHO mit ihrem Konzept «Health in all policies» auf den Punkt gebracht. Doch dass Gesundheitsaspekte in allen Politikbereichen eine Rolle spielen, bedeutet nicht, dass sich die FMH in allen Politikbereichen einbringen sollte. Dies würde nicht nur unsere Ressourcen übersteigen, die Beurteilung verschiedenster politischer Vorstösse läge auch ausserhalb unserer spezifischen Expertise. Als Ärztinnen und Ärzte können wir zwar anhand unseres Fachwissens aufzeigen, welchen Einfluss zum Beispiel Lärm, Feinstaub oder Stress auf die Gesundheit haben. Das Einbringen solcher Expertisen unterscheidet sich

aber von konkreten Stellungnahmen zum Beispiel zu Strassenbauprojekten oder Arbeitsrecht. Solche Positionen lassen sich nie direkt aus medizinischer Evidenz ableiten, sondern erfordern zusätzlich die Beurteilung diverser Kontextinformationen, welche die Expertise der betroffenen Sachgebiete erfordern. Die politische Glaubwürdigkeit der FMH würde Schaden nehmen, wenn wir Positionen vertreten, die mit dem Arztberuf nicht direkt in Verbindung stehen.

Dies führt auch zum wichtigsten Grund, warum sich die FMH nicht umweltpolitisch engagiert: Es entspräche nicht dem Auftrag unserer Mitglieder. Zwar ist anzunehmen, dass alle uns angeschlossenen Ärztinnen und Ärzte gesunde Lebensbedingungen befürworten. Doch für wie gravierend sie welches Umweltproblem halten, welche Lösungsansätze sie unterstützen und wie sie die Kosten-Nutzen-Bilanz einzelner Massnahmen beurteilen, darin dürften ihre Meinungen genauso auseinandergehen wie die aller anderen Bürger. Unsere Mitglieder erwarten von der FMH nicht das Engagement einer Umweltorganisation. Sie erwarten von uns, dass wir für optimale Rahmenbedingungen in einem effizienten und patientenorientierten Gesundheitswesen eintreten, sodass sie gut und gerne arbeiten können. Hier liegt die Kernkompetenz der FMH, hier besteht ein Konsens unserer Mitglieder und dies ist unser Auftrag.

Ein klarer Fokus auf diesen Auftrag wird in der nächsten Zeit entscheidend sein. Die anstehenden Herausforderungen werden die FMH stark fordern. Die aktuell

## Unsere Kernkompetenz ist das Gesundheitswesen – und dort sind die Herausforderungen enorm.

geplanten gesundheitspolitischen Massnahmen könnten der Patientenversorgung grossen Schaden zufügen – und damit die Berufsausübung aller unserer Mitglieder stark beeinträchtigen. Die FMH steht hier in der Pflicht, ihre gesamte Expertise und Glaubwürdigkeit in die politische Waagschale zu werfen, damit wir in der Schweiz auch in Zukunft noch über ein allgemein zugängliches und qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen verfügen.